

1 **Beschluss LiSL-Bundesmitgliederversammlung am 19.11.2023**

2
3 **ABSTAMMUNGSRECHT REFORMIEREN - VÄTERRECHTE SICHERN - REPRODUKTIVE**
4 **RECHTE STÄRKEN**

5
6 Die Liberalen Schwulen, Lesben, Bi, Trans und Queer bestärken den Bundesminister
7 der Justiz darin, zeitnah einen Referentenentwurf zur Reform des
8 Abstammungsrechts vorzulegen. Wir fordern SPD und Bündnis 90 / Die Grünen auf,
9 sich in der Ressortabstimmung und im Parlament strikt von den Vorgaben des
10 Koalitionsvertrages leiten zu lassen.

11 Die Einführung der automatischen Mutterschaft der Co-Mutter ist überfällig für die
12 Fälle, in denen das Kind mit Hilfe einer nicht-gerichteten Samenspende gezeugt
13 wurde. In allen anderen Fällen müssen Väterrechte gewahrt werden. Der
14 Koalitionsvertrag sieht hierfür Elternschaftsvereinbarungen vor der Zeugung vor.
15 Nur wenn nichts anderes vereinbart wurde, soll laut Koalitionsvertrag die
16 automatische Mutterschaft gelten. Wir fordern die FDP-Minister in der
17 Bundesregierung und die FDP-Bundestagsfraktion auf, den hier gefundenen
18 sachgerechten Kompromiss durchzusetzen und keiner Reform zuzustimmen, die die
19 Rechte biologischer - in diesem Fall oft schwuler - Väter gegenüber der heutigen
20 Rechtslage in irgendeiner Form verschlechtert.

21 Weiter fordern wir SPD und Bündnis 90 / Die Grünen auf, ihre Blockade gegen die
22 rechtliche Anerkennung von Mehrelternschaften zu beenden. Wir wollen, dass bis zu
23 vier Personen rechtliche Eltern werden können. Dies wäre nicht nur für
24 Regenbogenfamilien wertvoll, sondern auch für heterosexuelle Patchwork-
25 Familien. In diesem Sinne sind die Festlegungen des Koalitionsvertrages für uns nur
26 ein wichtiger Zwischenschritt.

27 Hinsichtlich der Regierungskommission zu Leihmutterschaft und Eizellspenden
28 fordern wir eine zügige Beratung, die es noch in dieser Wahlperiode ermöglichen
29 würde, Gesetzgebung auf den Weg zu bringen. LiSL tritt weiterhin für die Zulassung
30 der Leihmutterschaft und der Eizellspende ein. Auf dem Weg zur vollständigen und
31 regulierten Zulassung der selbstbestimmten Leihmutterschaft wäre zumindest die
32 von der FDP geforderte altruistische Leihmutterschaft ein wichtiger Schritt. Hier
33 muss insbesondere Bündnis 90 / Die Grünen ihre Blockade reproduktiver Rechte und
34 der Selbstbestimmung über den eigenen Körper aufgeben.

35 Bei der altruistischen Leihmutterschaft sollen die Wunscheltern und die Leihmutter
36 bereits vor der Befruchtung der Eizelle eine notariell beurkundete
37 Elternschaftsvereinbarung abschließen. Zudem dürfen den Leihmüttern tatsächlich
38 entstehende Kosten oder Einkommensnachteile, wie etwa Fahrtkosten,
39 Untersuchungskosten, Versicherungskosten oder Verdienstauffälle, ersetzt werden.